



Der Anlass: Einwanderungspolitik

Die umwälzende Kraft der großen Herausforderungen von Einwanderung und Globalisierung hat nun auch die deutsche Politik erreicht. Die CSU hatte angesichts stark steigender Einwanderung nach Europa schon seit langem Vorbehalte gegen die Art, wie der Koalitions- und Fraktionspartner CDU die verschärften Probleme von Asylpolitik und Einwanderungspolitik behandelte. Zwei Themen sind aus ihrer Sicht hier zentral: zum einen ein besserer Schutz der Außengrenzen, um den Zustrom von Einwanderern zu begrenzen. Zum anderen eine Durchsetzung der Regeln, die sich Europa für die Verteilung von legalen und illegalen Einwanderern gegeben hat. Nach diesen so genannten Dublin-Regeln müssen Personen, die aus anderen Ländern nach Europa geflohen sind, in dem Land betreut werden, in dem sie den Boden der Union zum ersten Mal betreten haben. In der Vergangenheit trat entgegen dieser Regelung immer mehr das Problem der Binnenwanderung auf: Eingewanderte suchen sich das europäische Land ihres Aufenthaltes selber, sehr häufig ist Deutschland das Ziel. Beide Themen will die Bundeskanzlerin nur in Übereinstimmung mit den europäischen Partnern lösen. Beim Thema Außengrenzen hat sie beim europäischen Gipfel Ende Juni unerwartet große Fortschritte erzielt. Beim Thema Verteilung von Flüchtlingen bleiben die Ergebnisse jedoch weit hinter den Vorstellungen der CSU zurück. Freiwillige bilaterale Verwaltungsabkommen zwischen Deutschland und anderen EU-Ländern sind in Aussicht gestellt, um das Dublin-System durchzusetzen. Damit können aber weiterhin Einwanderer nach Deutschland einreisen, nachdem sie die EU über ein anderes Land betreten haben. Eine konsequente Abweisung an der Grenze ist das Symbol, auf das sich die CSU derart konzentriert hat, dass ein Rückzug von dieser Forderung fast unmöglich erscheint.

Mögliche Optionen

Da die CDU zu dieser Maßnahme jedoch nicht bereit ist, bleiben der CSU offenbar nur zwei Optionen: entweder ein Rückzug von ihrer Position oder der Bruch mit der Schwesterpartei. Letzteres hätte weitreichende Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit der Regierung sowie für die deutsche Parteienlandschaft. Ersteres wäre der Glaubwürdigkeit der CSU abträglich, und das so kurz vor der bayrischen Landtagswahl. Ein Hintertürchen bildet nun der von Innenminister Seehofer ins Spiel gebrachte eigene Rücktritt. Dieser wäre insofern der Versuch einer Gesichtswahrung, als die starre Haltung zu Grenzzurückweisungen auf seine Person konzentriert würde und sein Rückzug den Weg frei machen könnte für eine Fortsetzung der Koalition und der Fraktionsgemeinschaft. Die Fortführung dieser Regierung ist für uns trotz der aktuellen Zuspitzung die weiterhin wahrscheinlichste Variante.

Bei einem Bruch der CSU mit der CDU und damit auch mit ihrer Regierungsbeteiligung wäre die akute Frage nach der Regierungsfähigkeit gestellt. Insgesamt würde dies mit einer bundesweit zur Wahl antretenden CSU wohl ein neues Kapitel für die deutsche Parteienlandschaft bedeuten. Kurzfristig sind hier jedoch zunächst zwei Optionen wesentlich. Zum einen könnten CDU und SPD einen Wechsel des dritten Koalitionspartners anstreben, etwa hin zu den Grünen. Trotz ablehnender Äußerungen einiger Politiker würde dieses Modell in jedem Fall sondiert werden und hätte durchaus Erfolgsaussichten. Ein abgeschmettert konstruktives Misstrauensvotum oder eine gewonnene Vertrauensfrage mit den Stimmen der Grünen könnte in dieses Szenario führen. Für die Finanzmärkte am relevantesten wären allerdings Neuwahlen in Deutschland. Bei diesen könnte sich das politische Spektrum in diesem Land weiter nach rechts verschieben, wenn etwa eine CSU bundesweit antreten würde. Dies hätte Konsequenzen für die Europapolitik und damit auch (negative) Folgen für Finanzinstrumente der schwachen EU-Regionen. Aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus und angesichts ihrer Unterstützung in der eigenen Partei wäre dieses Szenario – beispielsweise hervorgerufen durch eine absichtlich verlorene Vertrauensfrage – nach unserer Auffassung das unwahrscheinlichste.

Marktauswirkungen

Unsicherheit ist für die Finanzmärkte stets ein Störfaktor. Die Markteröffnung nach dem innenpolitisch dramatischen Wochenende deutete eine moderate Bewegung hin zu sicheren Anlagen an. Der deutsche Aktienmarkt gab zu seinem 30-jährigen Bestehen die Gewinne vom Freitag wieder ab, deutsche Anleihen gewannen hinzu. Politische Panik war das aber nicht. Ohnehin wären alle Szenarien, die eine Fortführung der Kanzlerschaft von Angela Merkel umfassen, für die Märkte nur kurzfristige Ablenkung. Lediglich beim Szenario von Neuwahlen wäre eine längere Zeit von Orientierungslosigkeit mit stärkeren Auswirkungen auf die Märkte die Folge. Alles in allem hängt der DAX aber nicht an der Haltung der Deutschen zur Migrationsfrage und auch nicht an den unter den gegenwärtigen Umständen möglichen Regierungskoalitionen in Deutschland. Viel wesentlicher ist an den Aktienmärkten zurzeit, was sich auf der Bühne der internationalen Handelspolitik abspielt. US-Präsident Trump hantiert weiterhin mit dem handelspolitisch gefährlichen Sprengsatz der Autozölle. Eine solche Entwicklung würde schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen. Mitte Juli will die US-Regierung hier ihre Überlegungen konkretisieren. Auf eine negative Entwicklung würde der DAX weit empfindlicher reagieren als auf die Wirren der deutschen Innenpolitik.

Volkswirtschaft Kurzinformation.

Deutschland: Regierungskrise spitzt sich zu



Makro Research
2. Juli 2018

Herausgeber:

Chefvolkswirt Dr. Ulrich Kater:
DekaBank, Makro Research
Tel. (0 69) 71 47 - 28 49
E-Mail: economics@deka.de

Internet: <https://deka.de/deka-gruppe/research>

Impressum: <https://deka.de/deka-gruppe/impressum>

Rechtliche Hinweise:

Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht. Sie ersetzen keine (Rechts- und / oder Steuer-)Beratung. Auch die Übersendung dieser Darstellungen stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen aus oder beruhen (teilweise) auf von uns als vertrauenswürdig erachteten, aber von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die enthaltenen Meinungsäußerungen geben die aktuellen Einschätzungen der DekaBank zum Zeitpunkt der Erstellung wieder, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern können. Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse/Preise genannt sein, sind diese freibleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse/Preise. **Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.** Diese Informationen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.